

Keine Müllverbrennung in Wiesbaden ohne gründliche Nutzen-Risiko-Abwägung

1) Bevor die Entscheidung für einen Entsorger des Wiesbadener Restmülls ab 2019 gefällt wird, soll zunächst eine umfassende Analyse der im Rhein-Main-Gebiet und Mainz vorhandenen Kapazitäten (derzeit gibt es Müllverbrennungsanlagen (MVA) in Offenbach, Frankfurt, Darmstadt und Mainz) inklusive der Möglichkeiten zur Kooperation oder des Austauschs mit anderen Kommunen erfolgen.

2) Gutachterlich ist die wirtschaftliche Notwendigkeit einer weiteren MVA auf Wiesbadener Grund nachzuweisen. Dabei sind alle Maßnahmen zur Müllvermeidung, einer verstärkten Mülltrennung bzw. -verwertung sowie Synergieeffekte bei einer energetischen Verwertung, beispielsweise in einem Fernwärmeheizkraftwerk, in die Überlegungen einzubeziehen.

3) Diese wirtschaftliche Betrachtung bezieht die umweltrelevanten und ökologischen Folgen (u. a. für die Luftqualität, die Verkehrsströme und die Klimaschutzziele der Stadt) einer weiteren MVA besonders für die ohnehin schon belasteten Stadtteile entlang der Rheinschiene ein und wägt diese gegenüber einer Entsorgung an anderer Stelle ab.

4) Die Analysen und Gutachten werden den politischen Gremien der Stadt Wiesbaden, insbesondere dem Umwelt- und Beteiligungsausschuss, zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt.

Die GRÜNEN Wiesbaden sprechen sich gegen eine Müllverbrennungsanlage auf Wiesbadener Gebiet aus, solange nicht eine Bedarfsanalyse, eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, eine ökologische und eine gesundheitliche Risikoanalyse ihre Vorteilhaftigkeit für die Region und Wiesbaden nachweist.

Beschlossen mit

Ja: 22, bei 4 Enthaltungen und 4 Stimmen für einen Alternativtext.

Ergänzung

Die Fraktion wird aufgefordert, sich für eine umfassende Betrachtung und Analyse der Müllverwertung in Wiesbaden durch das ÖKO-Institut einzusetzen.

Beschlossen ohne Gegenstimmen mit

Ja: 27, bei 3 Enthaltungen.